

UMSCHAU

Der Traum vom Reich

Unter den geistigen Strömungen, die sich zwischen 1929 und 1934 im deutschen Katholizismus regten, war bislang eine Bewegung noch wenig erforscht, die ideengeschichtlich unter dem Stichwort Reichsideologie zusammengefaßt wird. Wahrscheinlich wäre sie völlig vergessen, hätte sie nicht nach Hitlers Machtantritt den aufsehenerregenden Versuch unternommen, sich unter der Losung des Reichs in die politische Neugestaltung einzuschalten. Bevor Ursprung, Zusammensetzung und Aktivität dieses vorwiegend von Intellektuellen getragenen Kreises eingehender beschrieben werden konnten, war harte Vorarbeit zu leisten. Der Wüstenwanderung durch ein Regale füllendes Schrifttum hat sich K. Breuning¹ mit bewundernswerter Ausdauer und Gründlichkeit unterzogen.

Was 1933 enthusiastisch und mit dem Anspruch der Avantgarde an die Oberfläche drängte, hatte eine Vorgeschichte. In sie gehört die romantische Verklärung des Mittelalters zu Anfang des 19. Jahrhunderts ebenso hinein wie die Unzufriedenheit des katholischen Volksteils mit dem protestantisch geprägten Bismarckreich. Nicht zufällig aber begann die Vision eines besseren Reichs die Gemüter in dem Augenblick zu fesseln, als Wirtschaftsdpression und chronische Staatskrise mit der Schöpfung von Weimar den demokratischen Gedanken von Jahr zu Jahr mehr diskreditierten. In einem kenntnisreichen Schlußkapitel prüft der Verfasser die philosophisch-theologischen Voraussetzungen, auf denen das reichsideologische Denken ruhte. Danach galt das Reich als verchristlichte Form des Staats. Einen Rückhalt fand diese Auffassung in der von der liturgischen Bewegung propagierten *consecratio mundi*. Durchaus folgerichtig wurde die reli-

giöse Neutralität des modernen Staats abgelehnt. Mit dem Reichsgedanken wurde zugleich der Sendungsauftrag wiedererweckt, demzufolge die Gründung und Leitung des christlichen Reichs der deutschen Nation nicht nur einmal historisch im Mittelalter, sondern für dauernd und zwar durch heilsgeschichtliche Setzung zugefallen war.

Methodisch liegt das Problem, eine Überfülle gedruckten Materials zu einem ideengeschichtlichen Querschnitt zu verarbeiten, in der Ungestuftheit gleichrangig nebeneinanderstehender Aussagen. Denn anders als etwa bei einer Philosophenschule, in der Lehre ihres Begründers mit einem Ordnungsprinzip versehen, kann bei einer Geistesströmung, deren gleichgestellte Träger einander nicht überragen, das Einteilungsschema nicht von den Personen, sondern allein von der Sache genommen werden. Der Autor hat sich damit beholfen, die zu registrierenden Stimmen nach dem äußeren Merkmal ihrer Gruppenzugehörigkeit zusammenzufassen. Das schafft zwar einen vorläufigen Überblick, läßt aber das Bedürfnis nach einem inneren Kriterium fortbestehen. Spätestens nach dem Kapitel über die Reichsideologie in der Endzeit von Weimar hätte darum die verwirrende Aneinanderreihung einer Vielzahl ähnlicher Texte auch inhaltlich nach einer Gliederung verlangt.

Wäre der fundierende, aber in unterschiedlicher Zusammensetzung und Nuancierung auftretende Reichsbegriff jeweils auf seinen Sachgehalt analysiert worden, dann hätte sich ein Spektrum von zunehmender Dichte ergeben. Darauf hätten sich die Verfechter einer Reichsideologie strenger Observanz abgehoben von den Anhängern einer milderen Richtung und der Schwarm der Gewährsmänner hätte sich mit den entsprechenden Zwischenstufen aufgespalten in Integrale und Eklektiker. So aber hat das Vage, Gestaltlose und Diffuse, das reichsideologische Äußerungen so

¹ Klaus Breuning: *Die Vision des Reiches. Deutscher Katholizismus zwischen Demokratie und Diktatur (1929–1934)*. München: Hueber 1969. 404 S. mit 17 Dokumenten. Linson 24,80.

häufig umgibt, in einer methodischen Erfassung aber hätte abgestreift werden sollen, auch Breunings Untersuchung infiziert. Infolgedessen teilt sie leider mit ihrem Gegenstand – und zwar gerade in den Hauptkapiteln – den Hang zur begrifflichen Unschärfe. Sie hat sich damit eine Hypothek zugezogen, die ihren Erkenntnissertrag zwangsläufig schmälert. Störend macht sich das Fehlen eines sachbezogenen Kriteriums vor allem in der Übergangszone vom regulären zum ideologischen Gebrauch des Reichsbegriffs bemerkbar. Nach welchen Maßstäben hier im einzelnen die Grenze gezogen wurde, ist nicht klar und bleibt im Zweifelsfall das Geheimnis des Verfassers. Gerade weil vom Reich in einem unverfänglichen Sinn die Rede sein kann, wäre eine Scheidung unumgänglich gewesen.

Eines ist schließlich bei einer Bilanz katholischer Reichsideologie vor 1933 nicht nur anhand der vorgelegten Materialien als Schlußfolgerung vorzubereiten, sondern mit der gebotenen Ausdrücklichkeit festzuhalten. Keiner der Reichsschwärmer, die sich von ihren Wunschträumen über die Malaise von Weimar hinaustragen ließen, hat, soweit ersichtlich, mit dem Gedanken gespielt, im Führer der NSDAP den neuen Reichsschöpfer anzukündigen. Das Nein zur Republik war also kein Ja zu Hitler. Das erklärt auch, warum auf den 30. Januar 1933 erst eine Zäsur von fast zwei Monaten folgte, ehe sich die bis dahin theoretische Bewegung auf die veränderte politische Lage eingestellt hatte. Zu dieser Umorientierung hatten namentlich drei Ereignisse den Weg geebnet: Der Tag von Potsdam mit Hitlers Reverenz vor den konservativen Idealen, die Selbstausschaltung der katholischen Parteien durch das Ermächtigungsgesetz, die Revision der bischöflichen Warnungen vor dem Nationalsozialismus. Das alles waren scheinbar günstige Auspizien, aus der Sphäre des Theoretischen herauszutreten, um christliche Reichsvorstellungen in den Staatsumbau einzubringen.

Der Wille reichsideologischer Kreise zum politischen Engagement konkretisierte sich Anfang April 1933 in dem Bund *Kreuz und Adler*, der unter dem Protektorat Franz von

Papens ins Leben gerufen wurde. Nachdem schon vor 1933 die auf dem Boden der Reichsidee entworfenen Gedankengebäude eine ausgesprochen akademische Angelegenheit gewesen waren, wurde auch der Versuch ihrer politischen Verwirklichung eine Angelegenheit von Akademikern und Adeligen. Mit dem elitären Grundzug sind die Grenzen der Ausdehnung bereits angedeutet. Schon wegen der gegen Zentrum und Bayerische Volkspartei gerichteten Spitze der Papengründung reagierten die katholischen Blätter negativ. Ihre kühlen Kommentare unterstrichen die Isolierung, in die sich die Reichsidealisten innerhalb des deutschen Katholizismus vom ersten Hervortreten an versetzt sahen und die sie auch in der Folgezeit nicht zu durchbrechen vermochten. Das will auch Breuning nicht bestreiten, ohne ganz der Versuchung zu entgehen, die Resonanz seines Forschungsobjekts im Kirchenvolk überzubetonen. Wie er der Initiative des Vizekanzlers „ein lebhaftes Echo in der katholischen Öffentlichkeit“ (230) mit offensichtlich positivem Vorzeichen bescheinigen kann, nachdem er selbst in der katholischen Presse (mit einer Ausnahme) eine geschlossene Front der Ablehnung konstituiert hat, ist einigermassen unerfindlich.

Von der Aktivität reichsideologischer Gruppen im Frühstadium des Dritten Reichs handelt die Studie unter den Zwischenüberschriften: Identifikationen, Harmonisierungen, Beeinflussungsversuche. Das Einteilungsschema hält der Autor selbst für anfechtbar. Er hat nur allzu recht. Denn da sich die gewählten Gesichtspunkte in fast allen Texten durchdringen (das Beispiel Dirks ausgenommen), sind sie als Gliederungsprinzip unbrauchbar. Davon konnten die Wertungen nicht unberührt bleiben.

Die Sparte Identifikationen hält Breuning insofern für angebracht, „weil in den angeführten Quellen so gut wie keine nachweisbare Distanz zum NS-Staat zu erkennen ist“ (192). Trifft eine so gravierende und die betroffenen Autoren auch moralisch belastende Behauptung wirklich zu? Die Frage muß notgedrungen unbeantwortet stehenbleiben, da es mit der Behauptung sein

Bewenden hat, ohne daß der Leser befähigt würde, den Beweisschritt nachzuvollziehen. Um die angebliche Übereinstimmung bestätigen zu können, müßte er nach den reichsideologischen auch mit den nationalsozialistischen Reichsvorstellungen vertraut gemacht werden. Tatsächlich klappt an dieser Stelle der Argumentation eine Lücke von der Breite eben des Komplexes, der zu beschreiben gewesen wäre. Wenn zwei Äußerungen Hitlers vom Februar 1933 zitiert werden, so ergibt das allenfalls undeutliche Markierungen auf dem Weg zu einem Vergleich, der nicht stattfindet. Infolgedessen bleibt es für den beabsichtigten Identitätsnachweis beim Anspruch.

Dem unbefangenen Leser wird der weiße Fleck vermutlich gar nicht einmal bewußt, insofern er den Begriff des Hitlerreichs mit eigenen Vorstellungen zu füllen vermag. Gerade das aber impliziert Fehlurteile von nicht mehr kontrollierbarem Ausmaß. Denn leer, wie der eingeführte NS-Staatsbegriff nun einmal ist, bietet er Raum für alles, was zwischen 1933 und 1945 in Deutschland und darüber hinaus geschehen ist, schließt er keine der Assoziationen aus, die sich zwischen Potsdam und Auschwitz mit dem Namen Adolf Hitlers verbinden. Doch selbst wenn das subjektive Element bei der Begriffsfassung ausgeschaltet würde, wäre das nur eine halbe Korrektur. Denn das Dritte Reich war in keinem Jahr seines Bestehens eine konstante Größe, am allerwenigsten in der aufgewählten Phase der Machtergreifung zwischen dem 30. Januar 1933 und dem Tod Hindenburgs am 2. August 1934, also während eben der Monate reichsideologischer Aktivität. Wenn ihnen nicht eine Zustimmung unterstellt werden soll, die auch Gewalt gegen Personen und Sachen wie Judenboykott, Schutzhaft und Konzentrationslager einschließen würde, dann darf allenfalls von Teilidentifizierungen gesprochen werden.

Das Operieren mit einem inhaltlich leeren und damit beliebig ausfüllbaren NS-Reichsbegriff ist jedoch nur eines der Unsicherheitsmomente, die das zentrale Kapitel zum problematischsten der ganzen Studie machen. Das

ist um so widerspruchsvoller, als eben diese Phase der Reichsideologie den Anstoß zur vorliegenden Untersuchung gegeben hat. Wie noch genauer zu zeigen sein wird, sind die Unzulänglichkeiten methodischer Natur. Sie wurzeln letztlich in der Verschiedenartigkeit reichsideologischer Betätigungsformen vor und nach dem 30. Januar 1933. Während sie bis dahin ausschließlich ideologisch-theoretischen Charakter getragen hatten, waren sie dann in ein politisch-praktisches Stadium getreten. Methodisch folgt daraus, daß die rein ideengeschichtliche Betrachtungsweise, wie sie dem theoretischen Vorspiel angemessen war, auf die im Dritten Reich einsetzenden Realisierungsversuche nicht anwendbar ist. War es in der Endzeit der Republik ein depressives Klima gewesen, das, nahezu gleichmäßig absinkend, die Reichsideologie begünstigt hatte, so geriet sie mit dem Einschwenken in die politische Arena unmittelbar in den Bannkreis aktueller Entscheidungen.

Die politische Ausrichtung des reichsideologischen Neuansatzes im Frühjahr 1933 verlangt, den dahinterstehenden Motiven und Intentionen die ihnen gebührende Aufmerksamkeit zuzuwenden. Was die katholischen Reichsidealisten an der Umbruchssituation faszinierte, waren die in der Stunde Null ihrer optimistischen Ansicht zufolge auch für sie beschlossenen Kooperationsmöglichkeiten. Im Unterschied zur Reichsgründung von 1871 sollten sie diesmal genutzt werden. Voraussetzung für die Realisierung ihrer Vorstellungen war die Gewinnung eines Mitspracherechts. Wie illusionär und rückwärtsgewandt auch immer, waren ihre Entwürfe zumindest auf den schon nicht mehr selbstverständlichen Rechtsstaat gerichtet. Positiven Einfluß konnten die Reichsideologen nur soviel ausüben, wie ihnen von den Machthabern eingeräumt wurde. Dem entsprang das Bemühen, die Anwartschaft auf Mitgestaltung des von Hitler ausgerufenen Dritten Reichs publizistisch herauszustellen. Sollen die teilweise emphatisch formulierten Manifeste nicht als Deklamationen charakterloser Claqueure eingestuft werden, verlangt ihre Motivation verstärkte Beachtung. Notgedrungen unausdrücklich bleibend,

werden die zentralen Antriebe, mit denen sich natürlich auch Wichtigtuerei und Ehrgeiz vermischen konnten, erst durch die Einbettung in der konkreten historischen Situation erkennbar. Sie ist insgesamt leider so lückenhaft berücksichtigt, daß ihr für die Interpretation unersetzlicher Beitrag nahezu völlig ausfällt. Gewiß anerkennt Breuning grundsätzlich die Bedeutung des taktischen Moments, das die Bejahung überbetont und die Ablehnung verschweigt oder verschleiert, bringt es aber im Einzelfall dann doch nicht zur Geltung. Gerade wenn man, wie W. Dirks in seinem Geleitwort mit einem „nicht sehr kundigen Beobachter“ (9) rechnet und rechnen muß, hätte die Gefahr, identifikationsverdächtige Äußerungen zum vollen Nennwert zu verbuchen, konsequenter gemieden werden müssen.

Das zeigt exemplarisch die Behandlung des Münchener Gesellentags. Da Breuning beträchtliche Mühe aufwendet, Aufbau und Verlauf dieses Treffens zum kapitalen reichsideologischen Sündenfall des Jahres 1933 hinaufzustilisieren, ist anzumerken, wie sehr die alle Verbände bedrängende Gleichschaltungsfurcht bei der Programmgestaltung mitgesprochen hat. Noch auf die Wirkung von Loyalitätskündigungen vertrauend, suchte die Gesellenvereinsleitung unter dem Motto aufbauwilliger Reichstreue die Tagung zu einem Plädoyer für die Eigenständigkeit der Kolpingsbewegung zu machen – mit dem Erfolg, daß gewalttätige Gegendemonstrationen der SA dem Gesellentag ein vorzeitiges Ende bereiteten. Auf der Jagd nach reichsideologischen Topoi wird nun namentlich das in München aufgeführte Weihepiel einem peinlichen und, wie der Verfasser offenbar meint, entlarvenden Verhör unterzogen. Gemessen am Aufwand ist der Beweiswert allerdings nicht eben eindrucksvoll, zumal das genus litterarium ganz außer Betracht bleibt und damit auch, was an vaterländischem und nicht notwendig reichsideologischem Pathos auf dessen Konto zu setzen ist. Über die noch weitergreifende Charakterisierung des Gesellentags als eines Versuchs, „im Vokabular des Dritten Reichs katholisch zu reden“, wird

eine Diskussion erst sinnvoll, wenn auch hier das zweite Vergleichsglied, nämlich das angeblich spezifisch Nationalsozialistische jenes Vokabulars, so präzisiert ist, daß die angenommene Identität nachgeprüft werden kann.

Die Aussprüche Generalsekretär Nattermanns im Machtergreifungsjahr braucht man gewiß nicht für besonders erleuchtet zu halten. Um so mehr sollte das sonst wirksame Bemühen um Fairneß zusammen mit Zustimmungserklärungen auch eine etwa dazugehörige Einschränkung mitverbuchen, wie das beispielsweise für Nattermanns Trierer Ansprache vom August 1933 leider nicht geschieht. Ganz zu Unrecht wird ihm schließlich ein Wort zugunsten des Freiwilligen Arbeitsdienstes angekreidet (185). Bedenkt man den Zeitpunkt, Mitte März 1933, so ist klar, daß die Anerkennung der noch in der Endzeit von Weimar von Parteien und freien Verbänden geschaffenen Einrichtung galt und nicht dem, was der Nationalsozialismus in der Folgezeit daraus machte. Identifikation ist also nicht selten, um ein Wort Talleyrands abzuwandeln, auch eine Frage des Datums.

Selbst in dem zu Recht belächelten Illusionismus reichsideologischer Ergüsse hat die taktische Komponente ihren Platz. Sie äußerte sich in der proklamierenden Vorwegnahme eigener Ziele und verfolgte die Tendenz, durch Vorgriff auf erst noch zu schaffende Tatsachen die Machthaber auf deren Realisierung festzulegen. Identifiziert haben sich die Anhänger der Reichsideologie mit dem Dritten Reich insoweit und insofern, als in ihm ihre eigenen Staatsvorstellungen verwirklicht würden. Ohne diese Dimension des Zukünftigen würde die Perspektive in einem entscheidenden Punkt verkürzt. Mit dem futurischen Einschlag jedoch verwandeln sich formal mißverständliche Identifikationen in das, was sie wirklich waren, nämlich in Projektionen. Das wird an der Verlaufskurve reichsideologischer Begeisterung deutlich. Das Hohe Lied vom Reich erklang nämlich gerade so lange, wie die Konfusion der ersten Umbruchsmonate noch auf Kooperationsmöglichkeiten hoffen ließ. Und es verstummte in dem Maß, wie die „Neue Ordnung“ schroff natio-

nalsozialistische Züge annahm und alle Einschaltungserwartungen an Hitlers unteilbarem Herrschaftsanspruch abprallten.

Merkwürdigerweise ist über die Reaktion des NS-Regimes auf das reichsideologische Angebot in Breunings Studie kaum etwas zu lesen, obwohl das doch für die Gesamtbewertung höchst aufschlußreich wäre. Zu *Kreuz und Adler* hat Hitler seinen Segen gegeben, weil er sich von dem Konkurrenzunternehmen zum Zentrum parteipolitischen Nutzen versprach. Denn kaum hatte er die Parteien liquidiert, als er auch die Organisation seines Vizekanzlers beseitigte. Daß dies in der schonenden Form einer Umwandlung geschah, änderte nichts am Ergebnis. Wie der Verfasser hervorhebt, war die *Arbeitsgemeinschaft katholischer Deutscher* (AKD) nichts anderes als eine Untergliederung der NSDAP. Während also Hitler auf der einen Seite den vorteiligen Reichsenthusiasmus rhetorisch gewähren ließ, negierte er ebenso überlegt den damit gekoppelten Anspruch auf Mitverantwortung. Ihm entging am allerwenigsten, daß die Zustimmungserklärungen nicht vorbehaltlos abgegeben, sondern an die Bedingung der Kooperation geknüpft waren.

So völlig bar jeden politischen Kalküls ist also der vielberedete Vertrauensvorschuß der Reichsideologen nicht spendiert worden. Von Gewicht und Dauer war er andererseits schon deswegen nicht, weil das Häuflein der Anhänger schnell zusammenschmolz und die zum Ausharren erforderliche Mischung von romantischer Reichssehnsucht, unenttäuschbarer Glaubenskraft und politischer Wirklichkeitsverkenntung nicht eben häufig anzutreffen war. Für die Wählerbewegung schließlich war der von dieser Außenseitergruppe bestrittene Vertrauensvorschuß nahezu bedeutungslos. Bei der Reichstagswahl vom 5. März 1933 existierte sie noch nicht und bei der Volksabstimmung vom 12. November 1933 mit ihrer außenpolitischen Fragestellung war die von Ohnmacht und Mißerfolg gezeichnete AKD kaum geeignet, einen Wahlschlager abzugeben.

Trotz der Verlagerung des Schwerpunkts reichsideologischer Aktivität vom Theoreti-

schen aufs Politisch-Praktische hat der geistesgeschichtliche Ansatz der Studie den Papen Gründungen als den Trägern des politischen Willens hinter den literarischen Äußerungen des Jahres 1933 nur den zweiten und zudem relativ bescheidenen Platz eingeräumt. Damit bleiben die besonderen methodischen Vorzüge dieser Untersuchungsobjekte leider ungenutzt. Im Gegensatz zu den sporadischen Äußerungen einer Vielzahl von Reichsidealisten verfügen sie nämlich über eine durchgängige Kontinuität, da sie die reichsideologische Programmatik über die gesamte Berichtszeit hinweg repräsentiert und damit ihre Realisierbarkeit im Rahmen des nationalsozialistischen Machtergreifungsprozesses praktisch erprobt haben. Auf die Fieberkurve des Revolutionsablaufs projiziert, hätte die Entwicklungslinie der Papenorganisationen ihre Abhängigkeit von den einzelnen Umbruchsphasen evident gemacht. Es wäre zudem das Absinken der *Arbeitsgemeinschaft katholischer Deutscher* zur völligen Bedeutungslosigkeit als so folgerichtig erschienen, daß das lautlose Verschwinden der Reichsideologie nach der Entmachtung Papens den Verfasser weit weniger überrascht hätte. Für die Stationen dieses Abstiegs hätte eine Analyse der zahlreichen Papenreden bemerkenswerte Hinweise geboten.

In Theorie und Praxis war die reichsideologische Bewegung innerhalb des deutschen Katholizismus ein schillerndes Phänomen. Es spektrisch zu zerlegen, ist zweifellos eine dornige Aufgabe. Wo immer sie versucht wird, ist das von Breuning dargebotene Material nicht zu entbehren. Die sich der Erneuerung des Reichsgedankens unter religiösem Vorzeichen verschrieben hatten, glänzten mehr durch Spekulationseifer, Enthusiasmus und Risikofreude als durch Gedankenschärfe, Nüchternheit und Wirklichkeitssinn. Ihr Abgang von der politischen Bühne war so blamabel, das Urteil der Geschichte über die Brauchbarkeit ihrer Entwürfe so vernichtend, daß ihre Motive und Intentionen nicht weniger scharf beleuchtet werden sollten wie ihre Realitätsblindheit und ihr politischer Dilettantismus.

Ludwig Volk SJ